

Der Gemeindegewerkschafter

Organ des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen.
Mitglied des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

| | | | | |
|--------|---|------------------------------|---|------------|
| Nr. 23 | Erscheint alle 14 Tage. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.50 Mk. | Köln, den 11. November 1922. | Geschäftsstelle: Köln, Denloer Wall 9. Fernspr. Anno 8338. Postfach-Konto Köln 18937. | 10. Jahrg. |
|--------|---|------------------------------|---|------------|

Das Wollen ist das Fundament
Ist all dein Tun und Lassen,
Denn sei das erste, das du mußt
Den rechten Voratz lassen.
Und ist dein Wollen gut bestellt,
Wißt du nur Schönes, Gutes,
Dann frisch an das beschlossene Wort
Und wirke frohen Mutes.

Leuerung, Not und ihre Bekämpfung.

Ueber die Ursachen der gegenwärtigen Not und der Leuerung sind sich heute alle ernst zu nehmenden Faktoren vollständig einig. In erster Linie ist es der Krieg und das Versailler Diktat und zweitens die Tatsache, daß wir in Deutschland gegenwärtig mehr verzehren, wie erzeugen und infolgedessen zum Teil von der Substanz, vom Vermögen der Volkswirtschaft leben. So einig sich alle maßgebenden Faktoren über diese Ursachen sind, so verschiedenartig sind die vorgeschlagenen Mittel, den jetzigen unhaltbaren Zuständen Herr zu werden.

All die schönen Pläne, von der vollständigen Beseitigung der Mißstände im wirtschaftlichen und sozialen Leben, durch Verwirklichung der wunderwoll in der Theorie aufgebauten Pläne der Parteipäpste können und müssen wir vorerst beiseite legen. Wir sind heute von der Verwirklichung weiter entfernt, als zur Zeit, als sie aufgestellt und ihre Nichtigkeit „wissenschaftlich“ bewiesen wurde. Es ist heute nicht die gegebene Zeit, um zu prüfen, ob dieser oder jener Lehrsat in einem wissenschaftlichen Werke von der Entwicklung der Wirtschaft richtig ist; oder nicht. Dem Gewerkschaftler drängen sich die rein praktischen Fragen, was werden wir morgen essen, womit werden wir uns bekleiden, wo und wie werden wir wohnen, tagtäglich mit aller Deutlichkeit auf. Die Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes in etwa zu sichern, ist die erste Aufgabe, die uns gestellt ist. Aus diesem Grunde haben wir uns mit den praktischen, konkreten Vorschlägen auseinander zu setzen, die zur Besserung der jetzigen unhaltbaren Zustände gemacht werden. Insbesondere mit jenen, die die Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer sehr stark verbessern.

Das gilt in erster Linie von dem Vorschlage, die Produktion, die Leistungen unserer Volkswirtschaft zu heben durch

Mehrarbeit. Ganz unterschiedslos wird hier oftmals die Forderung erhoben, wie es noch unlängst in dem Briefe des Großindustriellen Thyssen an den Reichskanzler geschah, wieder zur alten Arbeitszeit von 9, 10, 11 und 12 Stunden zurückzuführen. Ebenso unerträglich eine gleiche, rein schematisch festgelegte Arbeitszeit für den Schwer- und Schwerstarbeiter wie auch für den, dessen Leistung in der Hauptsache in der Arbeitsbereitschaft besteht, ist, ebenso unerträglich, unsozial und undurchführbar ist die Forderung nach grundsätzlicher Beseitigung des Nachtstundentages. Immer und immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß heute schon, unter Zustimmung der Gewerkschaften, wo es notwendig und möglich war, die Arbeitszeit bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer festgesetzt ist. Im Bergbau und in der Landwirtschaft hat die Arbeiterschaft durch Festung von Ueberstunden und Ueberstunden und Nichteingührung des Nachtstundentages gezeigt, daß sie bereit ist, die Produktion zu heben. Auch in den Verkehrsbetrieben, Eisenbahn usw. kann heute vom schematischen Nachtstundentage keine Rede mehr sein. Wo in einem Gewerbe oder Betriebe sich zeitweise Mehrarbeit als notwendig zeigte, und die Zahl der Arbeitnehmer sich nicht vermehren ließ, sind überall bereitwillig Ueberstunden geleistet worden. Allerdings nur gegen eine Entlohnung, die es auch in etwa gestattet, die verbrauchten Kräfte wieder durch eine bessere Ernährung zu ersehen.

Wenn bisher in den sogenannten Schlüsselindustrien seitens der Arbeiterschaft in diesem Punkte nicht mehr Entgegenkommen gezeigt wurde, dann aus dem Grunde, weil sie mit Recht die Befürchtungen hegen durfte, daß alle ihre Opfer und Mehrleistungen nicht dem deutschen Volke, sondern jenen Kreisen zu gute kommen würde, denen es an allem anderen, nur nicht an dem Gesamtwohl gelegen ist.

Mit keiner Forderung nach Mehrleistungen, nach Hebung der Produktion, wird mehr Schindluder getrieben, wie mit dem Verlangen nach verlängerter Arbeitszeit. Zunächst muß festgestellt werden, daß auch bei einer Arbeitszeit von 9 oder 10 Stunden in den meisten Fällen eine Hebung der Produktion nicht stattfinden würde, weil bei der jetzigen Ernährungsweise 90 Prozent der Arbeiterschaft an Unterernährung leidet. Glaubt man denn, daß bei einer Ernährung ohne Fleisch, Fische, Eier, Butter, Fett, Milch, bei Brot, Kartoffeln und etwas Margarine, bei knurrendem Magen sich die Leistungen steigern lassen? Wo diese praktische Frage außer Betrachtung

bleibt, haben alle Erörterungen nur einen rein theoretischen Wert.

Hinzu kommt die geistige Einstellung der Arbeitnehmerschaft. Durch die täglich immermehr sich steigende Sorge wird selbst der Charaktervollste Mensch apathisch. Er verliert den Glauben an die Führer des Volkes. Verständlich ist diese Stellungnahme durchaus. Täglich wird ihm nachgewiesen, daß es nicht möglich ist, die notwendigen Devisen für den notwendigen Brotgetreideeinkauf aufzubringen. Wie es aber möglich ist, ausländische Weine, Schnäpfe, Lederwaren, Luxusartikel usw. in Hülle und Fülle vom Auslande einzuführen und mit Devisen zu bezahlen, versteht er nicht. Er versteht auch nicht, daß trotz des Mangels am Allernotwendigsten, wie Brot, Kartoffeln und Fett, noch immer Kartoffeln und Getreide für die Bier- und Schnapsproduktion genug vorhanden ist. Er sieht täglich mit eigenen Augen, daß trotz der Wohnungsnot, eine Wirtschaft, Viktoria und ein Schnapsladen neben dem anderen aufrechterhalten oder neu eröffnet wird, wie die Geschäfte mit allen möglichen überflüssigen Waren angefüllt sind, die aber infolge der Preise nicht von den wirklich Werte Schaffenden gekauft werden können.

Die wirklich arbeitenden Schichten können es auch nicht begreifen, daß bei ungenügender Produktion, bei erheblicher Verminderung der Waren, der Handel einen immer größer werdenden Umfang annimmt und der Produktion notwendige Kräfte entzieht. Bei aller Anerkennung der volkswirtschaftlichen Aufgaben des Handels ist die Arbeiterschaft der Auffassung, daß diese Aufgaben ganz gut mit der Hälfte der jetzt im Handel beschäftigten Arbeitskräfte erfüllt werden können.

Was aber der ganzen Forderung nach Hebung der Produktion durch Verlängerung der Arbeitszeit von vornherein den Widerstand der Arbeiterschaft hervorrufen muß, ist die Forderung nach einer schematischen Verlängerung derselben. Mit großer Besorgnis sehen wir dem nächsten Winter entgegen, wo einem großen Teile der Arbeitnehmer neben der Leuerung auch noch das Gefecht der Arbeitslosigkeit droht. In manchen Gewerben, Berufen und Industrien nimmt heute schon die Arbeitslosigkeit einen beängstigenden Umfang an. Verschiedentlich mußte, um Entlassungen in größerem Umfang zu vermeiden, dazu übergegangen werden, aus dem Nachtstundentage einen sechs- oder vierstündigen Tag zu machen.

Aber selbst dann, wenn alle diese Bedenken aus dem Wege geräumt wären, muß noch die Sicherheit gegeben werden, daß die Früchte unserer Arbeit nicht in das bodenlose Maß der Reparationen geschüttet werden. Wir können nicht den Beschluß des sozialdemokratischen Parteitagcs, wonach Deutschland moralisch verpflichtet sein soll, Reparationen zu leisten, anerkennen, ohne die Verpflichtung Deutschlands in Abrede stellen zu wollen, seinen Teil an der Wiederaufrichtung der zusammengebrochenen europäischen Wirtschaft beizutragen. Den Worten des Reichslänglers: „erst Brot, dann Reparationen“ müssen die Taten folgen.

Die Frage der Hebung der Produktion ist, soweit die Landwirtschaft nicht in Frage kommt, in erster Linie eine Frage der Ernährung und nicht eine solche der Arbeitszeit. Erst wenn erstere in etwa eine Lösung gefunden, kann die zweite erörtert werden. Hier können wir aber der Landwirtschaft in ihren Vorschlägen nicht folgen. Die ganzen Vorschläge der Landwirtschaft lauten heute, auf eine kurze Formel gebracht: Reproduktionspreis für alle Erzeugnisse, Abschaffung der Getreideumlage, Anpassung sämtlicher Preise für landwirtschaftliche Produkte an die Valuta, an den Weltmarkt. Der Börsepreis, der sich nach Valuta und Weltmarktpreis richtet, soll maßgebend sein, dann erst Hebung der Produktion. Die Erfüllung dieser Forderungen bedeutet praktisch, die Landwirtschaft auf Kosten der übrigen Bevölkerung von den Lasten des verlorenen Krieges und Friedensvertrages einfach zu befreien. Es ist eine Täuschung der breiten Masse, wenn die Erhebung der Getreidepreise immer und immer wieder mit dem Stützstoffpreise begründet wird. Weltgetreide muß werden, daß den deutschen Landwirten der Stützstoff, der sämtlich im Inlande erzeugt wird, zum dritten Teile des Weltmarktpreises geliefert wird. Die Ausgaben für stützstoffhaltige Düngemittel sind zudem nur einen Bruchteil der Produktionskosten für Getreide. Würde die Arbeiterschaft genau so verfahren, wie die Landwirtschaft in diesem Punkte, müßte sie folgende Rechnung aufstellen: Für einen Stundenlohn konnte sie früher ein halbes Pfund Speck erwerben. Demnach müßte heute der Stundenlohn 350 Mark betragen, da der Speck um das 775fache gestiegen ist. Also nur wenn der Lohn in diesem Umfange erhöht wird, läßt sich die Produktion heben. Mit Recht würde sich die ganze Bevölkerung gegen eine derartige Forderung wenden, wenn irgend ein Artikel als der alleinige Gradmesser angenommen werden soll. Weil wir diese Formel für die Arbeiterschaft ablehnen, lehnen wir sie auch für die Landwirtschaft ab. Das deutsche Volk würde total zusammenbrechen, wenn keine andere Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion als durch Verdoppelung und Verdreifachung der jetzigen Preise für Lebensmittel möglich wäre.

Jeder Appell an das Verantwortungsbewußtsein der Arbeiterschaft, an die Gewerkschaften, sich für eine Vermehrung der Produktion einzusetzen durch eine bessere Anpassung der Arbeitszeit an die Bedürfnisse wird vergeblich sein, so lange nicht die Vorbedingungen, eine bessere Ernährung, geschaffen wird. Das Rufem

nach einem starken Manne, nach einer starken Regierung ist vollständig zwecklos.

Zunächst müssen ernsthafte Versuche gemacht werden, die Ernährung des Volkes, die heute vielfach schlechter ist wie in den Kriegsjahren, zu bessern. In diesem Zwecke muß ein streng durchgeführtes Verbot erlassen werden, durch das es unmöglich gemacht wird, wichtige unentbehrliche Lebensmittel in den Brennerereien und Brauereien zu vernichten. Die hereinkommenden Devisen dürfen unter keinen Umständen zur Bezahlung der eingeführten überflüssigen Luxusgegenstände und Genussmittel verwandt werden. Erst Brot, Fett, Fleisch und Rohstoffe. Solange hierin ein drückender Mangel, keine Einfuhr von Genussmitteln und Luxusgegenstände. Eindämmung des Handels, soweit er wirtschaftlich überflüssig ist, scharfe Überwachung des gesamten Handels und des Geldverkehrs, einschließlich der Banken.

Wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, wird die Möglichkeit der Förderung der Produktion durch eine den wirtschaftlichen Bedürfnissen besser angepasste Arbeitszeit geschaffen sein.

Die deutschen Gewerkschaften und der Marktlitz.

Die Spitzenorganisationen der Ch.-L. lichen, Freien und Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften haben folgende Eingabe an die Reichsregierung gerichtet:

„Die verheerenden Wirkungen des Marktlitzes haben einen Grad erreicht, der nicht mehr zu ertragen ist. Nicht nur schottet jeder Versuch, das Lohnverhältnis der Arbeitnehmer der Inflation fortwährenden Verteuerung aller Lebensnotwendigsten anzupassen, sondern den Gewerkschaften wird es immer mehr erschwert, überhaupt noch Lohnverhandlungen zu führen und tarifliche Vereinbarungen zu treffen. Schon nach Kriegsendung mußten die ebenen mehrjährigen Tarifabschlüsse durch halbjährliche ersetzt werden. Später zwangen die Valutaschwankungen der letzten Jahre, zu drei-, zwei- und einmonatlichen Abschlüssen überzugehen. Auch diese Regel hat dem raschen Wechsel der Verhältnisse nicht standgehalten. Halbmonatliche, ja selbst wöchentliche Lohnverhandlungen sind keine Seltenheit mehr. Die rasende Teuerung spottet selbst dieser Versuche, Schritt zu halten. Jede Neuregelung kommt verspätet, wenn die Preise im Handumdrehen in die Höhe schnellen. Ein Tarifabschluß, der beim Inkrafttreten schon überholt ist, verliert immer mehr praktische Bedeutung.

Es kann nicht ausbleiben, daß, wenn die Gewerkschaften außerstande sind, die Lohnverhandlungen für die Arbeiter zu führen, sich der Arbeiter eine Last bemächtigt. Schon lange leidet die Erzeugung unter den fortwährenden Lohnverhandlungen, an denen die Arbeitnehmer in den Betrieben nicht nur feilsch, sondern vielfach tätig Anteil nehmen. Die Arbeiter der Betriebsräte häufen sich, und die Arbeiter und Angestellten kommen aus den Lohn- und Gehaltserörterungen nicht mehr heraus. Hoffnungen wechseln mit Enttäuschungen; kein Ergebnis kann sie mehr befriedigen, denn schon hemellen neue Geldentwertung und Preistreiberien seine Ungünstigkeit. Der berechtigte

Ruf nach Produktionssteigerung

bleibt unerfüllt, so lange diese Produktionshemmung fortbesteht. Unsere Wirtschaft bricht zusammen, wenn es nicht gelingt, bald wieder ruhige Verhältnisse zu schaffen, die geordnete Verhandlungen und feste Lohnvereinbarungen ermöglichen.

Die Hauptquelle der Leuerung bildet die ständige Entwertung des deutschen Geldes. Alle Versuche, die einheimischen Warenpreise den Weltmarktpreisen anzupassen, müssen aussichtslos bleiben, da deutsche Verbraucher solche Waren nicht mehr kaufen können. Die Anpassung der Preise an den Weltmarkt würde aber die Wirtschaftskatastrophe nur beschleunigen. Aus diesem Dilemma müssen wir durch eine Stabilisierung der deutschen Mark herauskommen. Sie herbeizuführen ist die dringlichste Pflicht des Reichstages und der Reichsregierung. Die Einschränkung des Devisenhandels durch die Verordnung vom 14. Oktober 1922 war nur ein erster Schritt zu diesem Ziel, und würde erfolglos bleiben, wenn nicht weitere ernste Schritte getan werden.

Die deutsche Mark als Zahlungsmittel und Wertmesser darf nicht preisgegeben werden.

denn mit ihrer Erhaltung ist das Lebensinteresse der arbeitenden Bevölkerung und das Wohl und Wehe aller Verbraucher sowie das Schicksal des deutschen Staates verknüpft.

Eine Stütze der deutschen Mark würde u. a. erreicht werden durch die Einführung einer wertbeständigen inneren Anleihe, die allen Teilen der Bevölkerung zugänglich sein und für die eine sichere Deckung geschaffen werden muß. Ob diese sichere Deckung herbeizuführen ist durch Herausziehung eines Teiles der Reichsbank-Goldreserven oder durch eine Geldwertsteuer, oder durch eine Solidarität der deutschen Erwerbstätigen, ist besonders zu prüfen. Kein Versuch, die Markwährung zu retten, darf unterbleiben, der Erfolg verspricht.

Im weiteren muß eine Gesundung der Staatsfinanzen auf dem Gebiete der Steuererfassung verlangt werden, die dem weiteren Notendruck vorbeugt. Es ist für die Arbeitnehmer ebenso unverständlich wie unerträglich, daß ihnen die Steuerbeiträge wöchentlich oder monatlich abgezogen werden, während die Steuerentziehung bei den Unternehmern und bestehenden Klassen jahrelang auf sich warten läßt. Eine Abführung der Steuerbeträge in kürzesten Perioden muß unter allen Umständen durchgeführt werden. Für die zu spät eingehenden Steuerbeträge müßten der Geldentwertung entsprechende Zuschläge erhoben werden. Die Devisenordnung bliebe ein Schlag ins Wasser, wenn sie nicht durch eine praktischere Ausgestaltung der Devisenkontrolle ergänzt würde. Es bleibt zu prüfen, ob nicht auch die wirtschaftlichen Verbände der Arbeiter und Angestellten zu dieser Kontrolle herangezogen werden könnten.

Endlich erwarten wir, daß die Verhandlungen zur Erreichung einer

Auslandsanleihe

zur Stabilisierung der Mark mit erneuertem Nachdruck aufgenommen und durchgeführt werden. Sie werden aber nur dann zu einem Ergebnis führen, wenn zuvor alle Anstrengungen gemacht werden, um die

Entwertung der Mark eine Preis zu ziehen. Die Gewerkschaften verlangen nicht, daß nach wie vor das Hauptstreben der Regierung darauf gerichtet sein muß, die unerträgliche Reparationslast, als die Hauptursache des Währungssturzes, auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß herabzusetzen und zu einem Zwangsvergleich mit der Entente zu kommen. Die Gewerkschaften verlangen außerdem von der Regierung die Herbeiführung einer früheren Durchsichtigmachung der Kartelle, Subsidate und Trusts, die teilweise durch eine volkswirtschaftlich-schädliche Preispolitik den Zerfall der Währung fördern. Ferner ist zu fordern, daß mit der schon so oft verlangten und angekündigten Sparsamkeit und Vereinfachung in allen öffentlichen Betrieben und Verwaltungen möglich schnellmöglichst Ernst gemacht wird. Schließlich erwarten die Gewerkschaften von der Reichsregierung die baldige Vornahme eines

regelmäßigen Produktionssteigerungsplanes, der die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse des Volkes sichert. Die gemeinsam unterzeichneten Gewerkschaften beschwören die Parteien des Deutschen Reichstages und die Reichsregierung, nicht länger zu zögern, um der Katastrophe der völligen Marktentwertung, die zum Zusammenbruch unserer Wirtschaft führen muß, Einhalt zu tun."

Trübe Aussichten.

Der Dollar ist in den letzten Tagen auf 100 gestiegen. Das bedeutet aber nicht nur eine weitere Vertiefung der Lebenshaltung, sondern auch für viele das Schlimmste, was einem Arbeitnehmer passieren kann, Arbeits- oder Stellenlosigkeit. In der Privatindustrie wird heute schon in vielen Gewerbe- und Industriezweigen mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. In der Regel nicht aus Mangel an Aufträgen, oder weil kein Bedarf für ihre Erzeugnisse vorliegt, sondern weil sie nicht mehr in der Lage sind, die ausländischen Rohstoffe bereinzubringen. Zu diesen Rohstoffen gehören auch leider im gewaltigen Umfange Kohlen, da täglich 130.000 deutsche Bergleute damit beschäftigt sind, die an die Entente zu liefernde Reparationslast zu fördern und jede 8. Minute, Tag und Nacht, ein Reparationslohnzug über die weltliche Grenze läuft. Wie angesichts dieser Tatsachen der sozialdemokratische Parteitag in Augsburg beschließen konnte "Deutschland ist moralisch verpflichtet, Reparationen zu leisten", wird angesichts der dringlichen Not, die die Reparationsleistungen für einen großen Teil der deutschen Arbeiter im Gefolge hat, mit jedem Tage unverständlicher.

Bisher haben unsere Kollegen; die Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe, die Arbeitslosigkeit im größeren Umfange noch nicht verspürt. Abgesehen von einigen Straßenbahnen, die bereits wesentliche Einschränkungen vorgenommen, oder den Betrieb eingestellt haben. Die sonstigen Gemeinde- und Provinzialbetriebe wurden bisher im normalen Umfange aufrecht erhalten. Wurden ausreicht erhalten, weil diese Körperschaften in den letzten Monaten, ebenso wie das Reich, teilweise von Schuldenmachen gelebt haben. Auf die Dauer geht eine derartige Wirtschaft

nicht. Soll nicht das Gemeinwesen zusammenbrechen, müssen Einnahmen und Ausgaben mit einander in Einklang gebracht werden.

Ernsthafte Versuche hierzu wurden in letzter Zeit von einer Reihe von Städten gemacht. Fast überall in den Städten liegen die Verhältnisse gleich. Sie gleichen sich wie ein Ei dem anderen.

Wir geben daher im Nachfolgenden einen kurzen Bericht der letzten Kölner Stadtverordnetenversammlung wieder, der typisch für die nächsten Verhandlungen in fast allen andern deutschen Städten sein dürfte.

Der Fehlbetrag im städtischen Haushalt ist auf 1,2 Milliarden Mark gestiegen und steigt bei jeder weiteren Erhöhung der Preise, bei jeder Gehalts- und Lohnerhöhung weiter. Dieser Fehlbetrag verringert sich allerdings um circa 114 Millionen Mark, die vom Reich aus den Erträgen der Einkommensteuer, und 275 Millionen als Zuschuß zu den Beamtengehältern, der Stadt gezahlt werden sollen. Es verbliebe dann noch 817 Millionen, für die noch keine Deckung vorhanden. Von diesen sollen 172 Millionen Mark durch Erhöhung von Gebühren und Tarifen die restlichen 645 Millionen Mark durch Verdoppelung der Gewerbesteuer, Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer von 16 auf 40 pro Mille gedeckt werden. Aus der Gewerbesteuer werden 446 Millionen Mark, aus der Grund- und Gebäudesteuer 78 Millionen Mark erwartet. Die restlichen 121 Millionen Mark sollen durch Mehrablieferung der Werke aufgebracht werden.

Wie widerständig aber der Teil der Kollegenchaft gehandelt hat, als er immer wieder behauptete, die Deckungsfrage geht die Arbeiterschaft nichts an, zeigen die nachfolgenden Ausführungen des Oberbürgermeisters. Er führte etwa aus:

Die Lage in Deutschland und in Köln stellt sich in einer Weise zu, die der angestrengtesten gemeinsamen Arbeit bedarf, um über die so Zeit hinwegzukommen. Ich zweifle nicht daran, daß für Deutschland und die Stadt Köln hinter dieser trüben Zeit doch eine bessere Zukunft liegt, und wir erwerben uns für uns selbst das allergrößte Verdienst, wenn es uns gelingt über die nächste Zeit glücklich hinwegzukommen. Das kann nur gelingen durch gemeinsames einträchtiges Zusammengehen.

Die Last der vorgeschlagenen Steuern sei zwar außerordentlich groß, namentlich müsse die Gewerbesteuer stark erhöht werden. Die davon betroffenen Kreise sollten sich aber die Frage vorlegen, was aus Köln würde, wenn die Stadt nicht mehr in der Lage sei, die notwendigsten Aufgaben durchzuführen. Dann gehe es drunter und drüber, und gerade die Kreise, die jetzt so stark herangezogen werden, würden darunter außerordentlich zu leiden haben. Er bitte die Bürgerschaft zu bedenken, daß die katastrophale Geldentwertung schuld an dem gewaltigen neuen Aufschlag sei. Es sei aber fasslich, länger mit der Deckung der Mehraufwendungen zu warten. Es sei selbstverständlich, das größte Sparsamkeit in der gesamten Verwaltung herrsche.

Die Bürgerschaft müsse sich daher künftig damit abfinden, daß wir von manchen lieb-gemordenen Gewohnheiten und Einrichtungen abstehen müßten. So z. B. könne die Straßenreinigung wie bisher nicht mehr fortgeführt werden. Es müßten Einschränkungen und Entlassungen vorgenom-

men werden. Auch die Erhaltung der öffentlichen Anlagen und Friedhöfe sei wie bisher nicht mehr möglich. Bei der Straßenbahn sei die Stadt schon mit Einschränkungen beziehungsweise Entlassungen von 400 bis 500 Angestellten im Begriffe. Es werde in allen Zweigen der Verwaltung gleichmäßig bei Beamten, Angestellten, Hilfsangestellten und Arbeiter verfahren, unter möglicher Vermeidung persönlicher Härten. Die Verwaltung müsse alles tun, um die lebenswichtigen Betriebe intakt zu halten. Das seien z. B. Schulen, Krankenhäuser, die gesamte öffentliche Fürsorge usw.

Wenn das Notwendigste in der Verwaltung nicht erhalten bliebe, müßte das Ganze zusammenbrechen. Die Verwaltung habe also nur die Wahl zwischen einem Kleinen und einem ganz großen Uebel. Die Wahl könne daher nicht zweifelhaft sein. Die Einschränkungen und Entlassungen bei den nicht lebenswichtigen Betrieben seien das kleine Uebel.

Diese Verhandlungen haben nicht nur örtliche Bedeutung, sondern sind typisch für die Lage fast sämtlicher Städte. Die Lage der städtischen Arbeiter ist daher gewiß keine solche, daß sie Veranlassung gibt, mit einer gewissen Sorglosigkeit in die Zukunft zu schauen. Undern können wir die Verhältnisse weder durch verdrängtes Selbstsehen, noch durch radikales Wortbedeutum. Wohl aber lassen sich die Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre durch vernünftige Gewerkschaftsarbeit wesentlich für die Kollegenchaft mildern. Ein anderer Ausweg ist nicht möglich.

Mehrarbeit, Achtstundentag und Arbeiterschaft.

Immer lauter klingt der Ruf nach Mehrarbeit, nach Steigerung der Produktion als dem einzigen Mittel zur Rettung unserer Volkswirtschaft. Tatsache ist, daß wir als Volk sehr viel mehr verbrauchen, als wir erzeugen. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Dies um so mehr, als wir infolge der durch den verlorenen Krieg und die harten Friedensbedingungen verursachten Verarmung außerstande sind, die fehlenden Produkte in erforderlicher Menge einzuführen. Thyssen verlangt nun in einem Schreiben an den Reichskanzler die Abschaffung des Achtstundentages, er fordert Mehrarbeit. Auch die Arbeiterschaft ist sich bewußt, daß nur alleräußerste Anspannung aller Kräfte uns wieder hochbringen kann. Sie weiß, daß wir in der Hauptsache nur noch über die Produkte unserer Arbeit als Wertmittel verfügen, daß die Steigerung unserer Produktion eine Vermehrung unserer Werte bedeutet. Die deutsche Arbeiterschaft hat stets, besonders aber während des Krieges und in der Nachkriegszeit bewiesen, daß sie bereit ist, im Interesse der Allgemeinheit Opfer zu bringen. Auch jetzt ist sie bereit, solche in erhöhtem Maße zu bringen, wenn sie die Gewähr hat, daß diese Opfer nicht zwecklos sein werden, und wenn alle Volksschichten gewillt sind, ebenfalls ihr Teil an den Lasten des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft zu tragen.

Pressestimmen erwarten, daß der Ruf Thyssens einmal als Verdienst, als eine Tat gepriesen würde. Dem wäre vielleicht zugestimmt, wenn Thyssen etwa den Vor-

Schlag gemacht hätte, die Arbeiterschaft sollte dort, wo dies angängig und volkswirtschaftlich zweckmäßig sei, das Opfer der Mehrarbeit gegen entsprechenden Mehrverdienst auf sich nehmen, der Unternehmer aber (wenigstens, soweit es sich um rentable Betriebe handelt,) den aus dieser Mehrarbeit erzielten Mehrgewinn zugunsten der Allgemeinheit abführen. Der Mehrverdienst für die Arbeiterschaft wäre ein unbedingtes Erfordernis, um den Mehrverbrauch der Kräfte in etwa wettmachen zu können. Dieser Mehrverdienst der Arbeiter wäre aber auch notwendig, um sie in etwa wieder aus der Verelendung herauszubringen, in die sie die wirtschaftliche Entwicklung gebracht hat und unter der ein produktives Arbeiten auf die Dauer unmöglich ist. Aber gerade nach dieser Richtung hin besteht bei der Arbeiterschaft ein allzuberechtigtes Mißtrauen. Bestehen doch nach allen bisherigen Erfahrungen die Gefahr, daß der aus der Mehrarbeit erzielte Mehrgewinn nicht der Allgemeinheit, sondern nur einigen wenigen Unternehmern zugute kommt. Auch befürchtet die Arbeiterschaft nicht mit Unrecht, daß mit größter Wahrscheinlichkeit versucht würde, sie in neun- oder zehnstündiger Arbeitszeit nicht mehr verdienen zu lassen, als bisher in acht Stunden.

Zu überlegen wäre auch, ob die verstärkte Produktion nur durch Mehrarbeit zu erzielen ist. Zweifellos ließe sich nach dieser Richtung hin auch durch Aenderung und Vervollkommnung der Betriebsformen noch manches tun.

Auch sollten die Käufer nach Mehrproduktion nicht vergessen, daß diese nicht das einzige Mittel ist, das in unserer Lage angewandt werden muß. Abgesehen davon, daß es eine Menge von Industrien gibt, wo eine solche überhaupt nicht möglich ist, wäre eine stärkere Erzeugung einer

ganzen Reihe von Produkten geradezu verwerflich für unseren Wiederaufbau. Mit der Steigerung der Produktion müßte auch eine zweckmäßige Einschränkung des Verbrauchs Hand in Hand gehen. Die Erzeugung aller nicht notwendigen und Luxusartikel (soweit sie nicht als im Lande überflüssig ausgeführt werden), wie auch die Einfuhr und der Verbrauch solcher Artikel müßte in schärfster Weise bekämpft werden. Dies würde zugleich eine Einschränkung der übermäßigen, aufreizenden Schlemmerei und Verschwendungssucht weiter Volkstreife bedeuten. Und manche der gesinnungslosen Verbrecher am Volkstum, die bisher auf Kosten und von der Arbeit ihrer ehrlich schaffenden Volksgenossen ein angenehmes Leben geführt haben, ohne selbst irgendwelche produktive Arbeit zu leisten, würden verschwinden.

Also, will man die Arbeiterschaft dazu bringen, sich in eine Diskussion über die (selbstverständlich nur vorübergehende und zweckentsprechend stellenweise) Verlängerung der Arbeitszeit einzulassen, so zeige man erst klipp und klar, daß man ehrlich gewillt ist, auf im Vorstehenden angedeuteter Basis zu verhandeln. Die Karren der Arbeiterschaft liegen vor aller Welt offen. Sie belagen: Mehrarbeit, Mehrproduktion nur dann, wenn damit dem angestrebten Zwecke, Rettung vor dem Zusammenbruch, auch wirklich gedient wird, wenn mit dieser Mehrarbeit die Einschränkung des überflüssigen Verbrauchs, die schärfste Bekämpfung der aufreizenden Verschwendungssucht Hand in Hand geht.

Sache der mahgebenden Krise ist es, Mittel zur Erfüllung der selbstverständlichen Bedingungen der Arbeiterschaft zu suchen. Weiterhin dürfte es auch bei ehrlichem Willen allerseits nicht allzu schwer sein, die Instanzen, die sich schon früher in der Zeit der größten Not zur Rettung

unserer Wirtschaft zusammengefunden (die Arbeitsgemeinschaften aus Arbeitgebern und Arbeitnehmerlager) auch zur sachlichen und gründlichen Aussprache über vorstehende Fragen am Beratungstische zusammenzuführen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Gegen den überflüssigen Handel.

Die Menge der zu verteilenden Güter in heute in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit ganz wesentlich zurückgegangen. Dagegen hat sich die Zahl der Händler, die sich mit mehr oder weniger sachlicher Berechtigung „Kaufmann“ nennen, wesentlich vermehrt. Wenn heute noch im Erwerbsleben der Grad von Treu und Glauben Geltung hätte wie vordem würden nicht nur die von den Buchergerichten Verurteilten, sondern ein gut Teil von „Kaufleuten“ mehr den Titel „Schieber“ tragen. Die Tagespresse berichtet unifarnt über einen Fall, wie's gemacht wird wie folgt:

„Kaufleute! Beamte des Hamburger Wucheramtes sind einem großen Kettenhandel auf die Spur gekommen. Die Firma Max Vincent M. u. Co. kaufte am 4. August 1906 Zentner Kunsthonig zu 17,50 M das Pfund von einer Hamburger Kunsthonigfabrik. Von dieser Ware hat sie 200 Zentner am 9. August zu 16,25 M an die Firma J. am Besenbühl abgeben. Diese Firma verkaufte das gesamte Quantum am gleichen Tage an den Kaufmann Johannes B. am Catharinentorhof zu 23 M das Pfund. B. verkaufte von dieser Partie am 19. August 50 Zentner zu 25,50 M an Ernst M., Langereihe, der die Ware am 21. August an die Firma B. u. Co., Gröninger Straße, zu 27,50 M weitergab. Diese Firma verkaufte den Honig nun zu 29,50 M am 21. August an die Firma O. u. Co., S. m. S. B., Gröninger Straße. Diese gab die Ware am

Unsoziales im Reichseinkommensteuergesetz.

Erneut geht die Forderung nach sozialer Ausgestaltung des Einkommens durchs Land. Wir glauben: Der Worte sind genug gewechselt, sieht Taten folgen!

Da ist zunächst eine gründliche Revision des Einkommensteuergesetzes erforderlich, wenn nicht die kinderreichen Familien vollends zugrunde gehen sollen. Wie wenig sozial lebt noch das Gesetz infolge der Geldbewertung wirkt, dafür folgende Beispiele:

Bei Schaffung des Einkommensteuergesetzes vom 29. 3. 1920 wurde als steuerfreies Einkommen festgelegt: für den Steuerpflichtigen 1500 Mark, falls derselbe verheiratet weitere 500 M, für jedes Kind weitere 500 M, bei einem Jahreseinkommen nicht über 10 000 M. Bei der Veranschlagung konnten noch Werbungskosten in Anrechnung gebracht werden, die vergleichshalber mit 1800 M eingelegt sind.

Als Beispiel seien die Steuerverhältnisse eines verheirateten Arbeiters mit 6 Kindern anzuhandeln. Der erste Steuerabzug vom Lohn erfolgte im Juli 1920. Der Tariflohn betrug damals 4,50 M pro Stunde, ergibt einen Monatslohn von $8 \times 4,50 \times 26 = 936$ M. Der steuerfreie Betrag machte für den Monat 166,66 M, so daß an Steuern zu zahlen waren 36 M pro Monat oder 3,8 Prozent des Einkommens.

Durch Minderungsgelesch vom 11. Juli 1921 wurden folgende Abzüge festgelegt: für den

Steuerpflichtigen 10 M für die Ehefrau 10 M für jedes Kind 15 M, sowie 15 M Werbungskosten pro Monat. Der Stundenlohn betrug Juli 1921 7,68 M. $7,68 \times 8 \times 26 = 1597,44$ M Monatslohn. 10 Prozent Steuer = 159,74 M. Abzugsfähig $10 + 10 + 6 \times 15 + 15 = 125$ M. Bleiben an Steuern zu zahlen 34 M oder 2,1 Prozent des Einkommens.

Ab 1. August 1922 gelten folgende Abzüge für den Monat: für den Steuerpflichtigen nebst Ehefrau je 40 M, für jedes Kind 80 M, an Werbungskosten 90 M. Der Stundenlohn beträgt im Oktober 115 M. $115 \times 8 \times 26 = 23 920$ Mark Monatslohn. Davon 10 Prozent als Steuerbeitrag = 2392 M. Abzugsberechtigt sind $40 + 40 + 6 \times 80 + 90 = 650$ M. Bleiben an Steuern zu entrichten 1742 M oder 7,5 Prozent des Einkommens.

Der ledige Steuerpflichtige mit demselben Einkommen zahlte Juli 1920 7,06 Prozent, Juli 1921 9,03 Prozent und Oktober 1922 9,9 Prozent seines Einkommens als Steuer, während auf den Familienkater mit 6 Kindern eine Steigerung von 3,8 auf 7,5 Prozent entfällt. Dieses bedeutet eine Mehrzahlung von 885 M für den Monat Oktober.

Zu prüfen bleibt noch, ob die Einkommenssteigerung größer ist, als die Steuerungssteigerung. Die Steigerung des Tagelohnes gegenüber 1914 macht für den Oktober 1922 das 138,3fache aus. Die Steuerungssteigerung, an den Maßstäben des Statistischen Amtes der Stadt Köln gemessen, beträgt das 184,10fache. Also trotz Mindereinnahme erhöhte Steuerleistung.

Abhilfe tut also dringend not. Es bliebe zu erwägen, ob nicht statt der festen Abzugsfähigen Sätze geklärt werden könnten. Die festen Sätze hätten Berechtigung bei stabilen Geldverhältnissen, sind aber, wenn sie geklärt werden, meistens durch die Steuerungsverhältnisse überholt. Die Einkommenssteigerung der Lohnarbeiter und Festbesoldeten bedeutet doch heute keine Besserstellung ihrer Lage, als vielmehr ein meist mehr schlecht als recht gelungener Ausgleich der Teuerung. Wie die obigen Beispiele zeigen, müßte es doch möglich sein, für die Abzüge einen gewissen Hundertsatz festzulegen, unter Berücksichtigung einer Mindest- und Höchstgrenze.

Nach den obigen Beispielen zahlte der verheiratete Steuerpflichtige:

| | | | | |
|---------------|------|------|-----|-------------|
| ohne Kinder | 6,6 | 7,7 | 9,2 | vom Hundert |
| mit 2 Kindern | 5,7 | 5,08 | 8,2 | " |
| " 4 " | 4,8 | 4,- | 7,9 | " |
| " 6 " | 3,8 | 2,1 | 7,5 | " |
| " 8 " | 3,05 | 0,3 | 6,6 | " |
| der Ledige | 7,06 | 8,06 | 9,9 | " |

des Einkommens als Steuer. Die Ungerechtigkeiten liegen klar zutage. Es müßte u. G. den Finanztechnikern möglich sein, statt des bisherigen Modus mit seiner umständlichen Rechenerlei und mangelnden Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse, einen bestimmten Hundertsatz des Einkommens unter Berücksichtigung der Familienverhältnisse festzulegen.

7. September welcher an die Firma T. Handels No. zu 33 A das Pfund. Diese verkaufte am 11. September den Honig zu 38 A an die Firma S. u. B. Diese Firma gab den Honig am gleichen Tage an J. u. K. zu 38 A ab, die am 13. September die Ware zu 42 A an S. u. S. veräußerte. Durch dieses Gebaren ist der Preis für den Honig von 17,50 A auf 22 A für das Pfund gesteigert worden."

Der bayerische Bauernführer Dr. Heim befaßigte sich ebenfalls auf einer Tagung der Landesbauernkammer mit dieser Angelegenheit. Er sagte u. a.: "Wir werden nicht die Zwangswirtschaft einführen müssen, wir brauchen keine Höchstpreise, aber wir brauchen eine Reglementierung des Handels. Das gilt auch für die Getreidewirtschaft und für alles. Der Abgeordnete Sellmann hat aus dem Rheinland mitgeteilt, daß sich in Nachen die Zahl der Händler um 80 Prozent vermehrt hat. In manchen Städten und Städtchen hat sich die Zahl derer, die handeln, nicht etwa um 80 Prozent, sondern um Hunderte von Prozenten vermehrt, selbst im Reichsdurchschnitt. Es gibt Leute die sagen: Eine Fingerpitze Handel ist besser als eine Armslänge Arbeit! Die Reglementierung des Handels ist das erste, was kommen muß. Ich erhebe keinen Vorwurf gegen den einzelnen Händler, sondern gegen das System. Es ist mir bekannt, daß gelegentlich eines Schiedsgerichtsprozesses sich herausgestellt hat, daß ein Waggon Getreide innerhalb Wochenfrist ja sogar weniger Tage, ja sogar Stunden in acht Hände gewesen ist. Und jeder will doch daran verdienen."

Brot, Kartoffeln, Obst u. Jäger, kein Schnaps.
Dem „Deutschen“ wird geschrieben:

Erfindend erhebt sich vor dem deutschen Volke das Geschrei des Hungers. Die Ernte reicht bei weitem nicht aus, um den notwendigen Bedarf an Lebensmitteln zu decken, und der wahrscheinlich hohe Stand der fremden Wäuren ist ein harter Wall, über den die große Menge dessen, was uns fehlt, nicht herübergebracht werden kann. Man sollte meinen, in dieser Lage würde alles getan, um wenigstens die vorhandenen Lebensmittel restlos der darbenenden Bevölkerung zu erhalten. Statt dessen sehen wir, daß Kartoffeln, Korn und Jäger in großen Mengen in den Schnapsbrennerien und Likörfabriken verschwinden, um aus Lebensmitteln zu reinen Genußmitteln zu werden. Es werden sogar Auslandsdestillen dazu benutzt, um ausländische Liköre statt des bitter notwendigen Getreides einzuführen. Diese Rücksichtigkeit wird sich bitter rächen. Es muß verlangt werden, daß unverzüglich einschneidende Maßregeln dagegen getroffen werden. Als solche kommen vor allem in Betracht das Verbot der Einfuhr jeglichen Likörs und Schnapses, sodann das strengste Verbot der Herstellung von Likör und Schnaps aus Lebensmitteln.

Es ist klar, daß Interessenten gegen solche Maßregeln Sturm laufen werden; aber deswegen darf man das Volk nicht verhungern lassen. Es werden auch Bedenken laut werden wegen der Ausfälle an Steuern und Monopoleinnahmen; hier gilt aber auch das in der ganzen Welt gebilligte Wort des Reichskanzlers: „Erst Brot, dann Reparationen“.

Nach innen und außen können die Folgen eines Schnaps- und Likörverbots nur wohlwollend sein. Das deutsche Volk wird schwer darben müssen; behüten wir es davor, daß der frante Körper des einzelnen und des ganzen Volkes durch konzentrierten Alkohol noch mehr zerstückelt wird. Wenn die im In- und Ausland Mergernis erregenden Likörstuben geschlossen werden, wird viel Raum für Wohnun-

gen frei. Dann brauchen wir nicht mehr zu fürchten, daß die Wut der Menge sich an diesen Schlemmerlokalen entzündet.

Das Ausland wird unsere Not am eigenen Leibe spüren, wenn wir ihm seine Liktöre nicht mehr ablaufen. Wie ganz anders werden wir vor der ganzen Welt — nicht nur von den angelsächsischen Temperanzlern — dastehen, wenn wir uns ermannen und unser Unglück durch Enthaltbarkeit und Arbeit zu besiegen trachten, statt unsere — ach, so schlapp gewordenen — sittlichen Kräfte durch den konzentrierten Alkohol noch mehr zu schwächen.

Es ist die höchste Zeit. Darum, Regierung, werde hart und greife durch! Dr. H. B.

Diese Forderung sollte heute von einem jeden Volksgenossen, dem das Wohl des Volkes und nicht das der kapitalistischen Fiskuslöhner am Herzen liegt, ganz entschieden unterstützt werden.

Arbeiterbewegung.

Christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine.

Der kürzlich stattgefundene Verbandstag der süddeutschen katholischen Arbeitervereine nahm folgende Entschlieung an:

Der Verbandstag begrüßt das Wachsen und Erstarren der christlichen Gewerkschaften in Deutschland. Es ist heute weniger als je notwendig, daß ein katholischer Arbeiter den sogenannten freien Gewerkschaften angehöre, die bei jeder Gelegenheit auch in der jüngsten Zeit ihren Gegensatz und ihre Feindseligkeit gegen Christentum und Kirche mit Wort und Tat bekunden. Erneut wird die Lösung ausgegeben: Ein katholischer Arbeiter kann gewerkschaftlich nur Mitglied der christlichen Gewerkschaften sein. Dagegen richtet der Verbandstag neuerdings die Aufforderung an die katholischen Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften angehören, sich den katholischen Arbeitervereinen anzuschließen. Von den Gewerkschaftssekretären erwartet er, daß sie ihre Mitglieder auf die Notwendigkeit und Bedeutung der konfessionellen Standesvereine nachdrücklich hinweisen.

Wir begreifen diese Mahnung an die katholischen Arbeiter, sich restlos den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Gerade in Süddeutschland gehören noch allzuviel kirchentreue Arbeiter den „freien“ Gewerkschaften an. Noch stärker unterstreichen wir den zweiten Teil der Entschlieung. Niemals hatten wir in den Gewerkschaften die religiös-kulturelle Erziehungsarbeit der Arbeitervereine nötiger, als heute. Wir sagen nur dies: Wir haben um so weniger Idealisten in den Gewerkschaften, je weniger wirklich religiöse Menschen wir haben. Diese Mahnung gilt selbstverständlich für die Angehörigen beider christlicher Konfessionen.

Der Dank vom Hause Moskau.

Ueber die Hilfsaktion der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale für die Hungernden in Rußland hat sich der Vorstehende des russischen Zentral-Exekutivkomitee, Kassinin, wie folgt ausgesprochen:

„Die Amsterdamer Internationale zählt 20 000 000 Mitglieder, und wenn man sieht, daß diese 20 000 000 Mitglieder nur 82 000 Menschen ernähren, muß man zugeben, daß diese Zahl, mit unserem russischen Maßstabe gemessen, ohne Frage klein ist. Wir müssen hier eingestehen, daß die ausländischen Gewerkschaften oder besser gesagt, ihre Führer zur Zeit gar nicht wollen, daß die Arbeiter Rußland helfen. Ihre Hilfe gleicht der Hilfe der französischen

Regierung. Die letztere wies der Sowjetregierung 8 Millionen Franken zu, aber diese Summe liegt noch immer auf französischen Banken, und ich fürchte, sie werden zuletzt für einen Angriff gegen uns in die Hände der Weißgardisten fallen. Es ist deshalb möglich, daß die Generale und Bonzen der Gewerkschaften vorzüglich nicht helfen wollen und deshalb die Bremse anziehen. Oder aber diese 20 000 000 Arbeiter glauben ihren Führern nicht, mißtrauen ihren Generälen und zweifeln an der Aufrichtigkeit des Appells.“

Dazu bemerkt das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

„So wird das Hilfswort der europäischen Arbeiter von denselben Leuten herabgesetzt, wie unbekümmert darum, daß in Rußland Millionen verhungerten, ungezählte Summen russischer Gelder ins Ausland werfen, um die Organisationen mit den schmutzigsten Mitteln zu bekämpfen, die für die hungernden Russen formelten. Gestindell!“

Die Beiträge in den freien Gewerkschaften.

In der Nr. 40 der „Bergarbeiter-Zeitung“ findet sich eine Aufstellung über die zur Zeit in den freien Gewerkschaften gezahlten Beiträge. Danach werden Wochenbeiträge in Höhe eines Durchschnittsstundenlohnes oder nach einer dem Durchschnittsstundenlohn gleichkommenden Berechnung, zur Zeit in folgenden freien Gewerkschaften gezahlt: Steinarbeiterverband 80 A, Buchbinderverband 65 A, Maschinisten- und Feigerverband 80 A, Brauerei- und Mühlenarbeiterverband 80 A, Schuhmacherverband 80 A, Balleibungsarbeiterverband 72—76 A, Bauarbeiterverband 100 A, Lederarbeiterverband 75 A, Holzarbeiterverband 100 A, Fabrikarbeiterverband 90 A, Tabakarbeiterverband 100 A, Schornsteinfegerverband 100 A, Friseurgehilfenverband 100 A, Zimmererverband 100 A, Textilarbeiterverband 90 A. In diesen Beiträgen wird in verschiedenen Verbänden der Bau-, Berg- und Ortsbeitrag noch nebenher erhoben. 80 bis 90 Prozent eines Stundenlohnes zahlen die Mitglieder des Schiffszimmererverbandes, Dachdeckerverbandes, Glaserverbandes, Bäder- und Konditorverbandes, Gärtner- und Gärtnereiarbeiterverbandes und des Deutschen Postlerbundes.

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Die neuen Löhne in Württemberg.

Am 30. Oktober fanden in Stuttgart Verhandlungen statt zwecks Neuregelung der Gemeindefabrikarbeiterlöhne. Zunächst wurde ein Schlichter vereinbart, demzufolge die jeweiligen Abstriche in den Ortsklassen sowie für die unter 24 Jahren alten Arbeiter in Prozentlöhnen festgelegt wurden. Hiernach erhalten die Arbeiter der Ortsklasse A 100 Proz., in B 95 Proz. und in C 90 Proz. des Stundlohnes. Innerhalb der Ortsklasse wird nach Lebensalter abgestuft und erhalten alle verheirateten Arbeiter, sowie ledige Arbeiter über 24 Jahre 100 Prozent, von 21—24 Jahre 98 Proz., von 18—21 Jahre 75 Proz. Arbeiterinnen mit mehr als 21 Jahre 85 Prozent und Arbeiterinnen unter 21 Jahre 80 Prozent der auf die Ortsklasse entfallenden Lohnzulage. Mit Wirkung vom 30. Oktober wurde eine 20 A Stundenlohnzulage vereinbart. Demzufolge gestaltet sich der Lohn für über 24 Jahre alte Arbeiter

| Lohnklasse | in Ortsklasse | | |
|-----------------------|---------------|--------|--------|
| | A | B | C |
| Lohnklasse I (Handw.) | 118,— | 116,50 | 112,20 |
| „ 2 (Ungel.) | 117,20 | 115,50 | 111,40 |
| „ 3 (Ungel.) | 116,70 | 115,— | 110,90 |
| „ 4 (Weibd.) | 73,90 | 72,30 | 67,90 |

Der Stundenlohn der Handwerker, Heizer und Maschinenisten kann von den Verwaltungen bis zu 10 Prozent, für Gasmacher und Schlafenzähler bis zu 8 Prozent erhöht werden.

Die Vorkarbeiterzulage beträgt 20 M täglich. Unverändert bleibt die Kinderzulage mit 375 Mark monatlich in Ordklasse A, 325 in Ordklasse B und 275 M in Ordklasse C. Die Vertreter beider Verbände werden eine Kinderzulagerhöhung ab 20. November unbedingt verlangen.

Auf den 20. November kann und wird die Lohnvereinbarung mit 10tägiger Frist gefündigt werden.

Die neue Besoldungsordnung der Reichsbeamten.

Am 23. Oktober hat der Reichstag die Besoldungsvorlage, durch die die Gehälter der Reichsbeamten eine grundsätzliche Neuordnung erfahren, verabschiedet.

Die Reichsbesoldungsordnung ist nicht nur maßgebend für die Reichsbeamten, sondern bildet auch in der Regel den Maßstab für die Besoldung der Staats-, Provinzial- und Kommunalbeamten. Auch bei der Festlegung der Löhne für die Arbeiter der öffentlichen Betriebe ist sie von weittragender Bedeutung, da bekanntlich diese mit den Beamtengehältern in einer gegenseitigen Wechselwirkung stehen.

Gegenüber dem Regierungsvorschlag hat der Reichstag eine den Wünschen der Gewerkschaften entgegenkommende Änderung vorgenommen, insofern die Frauenzulage nicht wie im Regierungsvorschlag in einem bezwungenen Aufschlag auf Grundgehalt und Ortszulage, sondern in einem für alle Beamten gleichen festen Betrag von 1000 M besteht.

Die Monatsbezüge der Beamten betragen nunmehr ab 1. Oktober 1922:

| | | A. Grundgehälter. | | | | | | | | |
|---|------|--------------------|--------|--------|--------|---------|---------|---------|--------|--------|
| | | Dienstaltersstufe. | | | | | | | | |
| | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
| A | I | 9 700 | 10 100 | 10 500 | 10 900 | 11 300 | 11 700 | 12 100 | 12 500 | 12 900 |
| | II | 10 600 | 11 100 | 11 600 | 12 100 | 12 500 | 12 900 | 13 300 | 13 700 | 14 100 |
| | III | 11 700 | 12 200 | 12 700 | 13 200 | 13 700 | 14 200 | 14 700 | 15 100 | 15 500 |
| | IV | 12 900 | 13 400 | 14 000 | 14 500 | 15 000 | 15 500 | 16 000 | 16 500 | 17 000 |
| | V | 14 100 | 14 700 | 15 200 | 15 800 | 16 300 | 16 800 | 17 300 | 17 800 | 18 300 |
| | VI | 15 400 | 16 100 | 16 800 | 17 500 | 18 100 | 18 700 | 19 300 | 19 900 | 20 500 |
| | VII | 17 300 | 18 100 | 18 900 | 19 700 | 20 500 | 21 300 | 22 100 | 22 900 | 23 700 |
| | VIII | 19 500 | 20 500 | 21 400 | 22 300 | 23 200 | 24 100 | 25 000 | 25 900 | 26 800 |
| | IX | 21 500 | 22 600 | 23 700 | 24 800 | 25 900 | 27 000 | 28 100 | 29 100 | 30 200 |
| | X | 24 400 | 25 600 | 27 200 | 28 800 | 30 400 | 31 400 | 32 700 | 34 000 | 35 300 |
| | XI | 27 500 | 29 300 | 31 100 | 32 800 | 34 500 | 36 200 | 37 900 | 39 600 | 41 300 |
| | XII | 32 500 | 35 000 | 37 500 | 40 000 | 42 500 | 45 000 | 47 500 | 50 000 | 52 500 |
| | XIII | 42 000 | 47 000 | 52 000 | 57 000 | 62 000 | 67 000 | 72 000 | 77 000 | 82 000 |
| B | 1 | 62 000 | 70 000 | 81 400 | 85 400 | 105 500 | 140 000 | 155 000 | | |

| | | B. Ortszulage. | | | | | | |
|------------|---|------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|------|--|
| | | Bei einem Grundgehälte | | | | | | |
| | | a. 11 000 | a. 12 000 | a. 15 400 | a. 17 500 | a. 22 000 | über | |
| Ortsklasse | A | 2400 | 3000 | 4200 | 4800 | 5400 | 6000 | |
| | B | 1800 | 2300 | 3200 | 3600 | 4100 | 4500 | |
| | C | 1500 | 1900 | 2600 | 3000 | 3400 | 3800 | |
| | D | 1200 | 1500 | 2100 | 2400 | 2700 | 3000 | |
| | E | 900 | 1100 | 1400 | 1600 | 1800 | 2000 | |

| | | C. Sozialzulagen. | |
|------------------|--|-------------------|------------------|
| | | 1. Kinderzulagen. | 2. Frauenzulage: |
| Die 6 Jahre | | 2000 M. | 1000 M. |
| Von 6—14 Jahren | | 2500 " | |
| Von 14—21 Jahren | | 3000 " | |

D. Teuerungszulage.
Bei dem Grundgehalt und Ortszuschlag wird für die Zeit vom 1. bis 16. Oktober 1922 ein Zuschlag von 3 Prozent gewährt, der ab 17. Oktober auf 11 Prozent erhöht ist.

E. Besetzungszulage.
Für das besetzte Gebiet wird eine Besetzungszulage von 1000 M und zu dieser für jedes Kind bis zum 21. Lebensjahre eine Zulage von 185 M monatlich gewährt. Die Beihilfe zur Besetzungszulage ist in letztere eingestuft, sodass sie als besonderer Titel nicht mehr erscheint.

F. Wirtschaftsbeihilfe.
Die sogenannte Wirtschaftsbeihilfe (Ueberzeugungszuschüsse) sollen ebenfalls neu geregelt werden. Verhandlungen mit der Spitzenorganisationen dieserhalb sind aber gescheitert, weil die Regierung dieselbe in Form eines prozentualen Zuschlages zum Grundgehalt erw. gewähren wollte, die Gewerkschaften es einen festen Zuschlag für alle Gruppen gleich fordern.
Die Regierung beabsichtigt, dem Reichstag sofort einen diesbezüglichen Gesetzentwurf zu unterbreiten. Wir werden über den weiteren Verlauf in der nächsten Nummer berichten.

Der Umstand, daß diesmal nicht die Ziffern der Jahresgehälter, sondern — was auch richtiger ist — der Monatsgehälter angeführt werden, trägt vielleicht dazu bei, daß die Öffentlichkeit etwas objektiver über die Beamtengehälter urteilt, als bisher.

Die Bezüge ab 1. November.
Am 1. November sind im RVM die Verhandlungen über neue Beamtenbezüge ab 1. November zum Abschluß gekommen. Die mit den Spitzengewerkschaften geführten Verhandlungen zeitigten eine Vorlage, die nun dem Rat und dem Reichsrat und dem Reichstag unterbreitet werden wird.

Ueber den Verlauf und das Resultat der Verhandlungen können wir mitteilen, daß die Regierung es ablehnte, noch irgendwelche Zulagen für Oktober zu geben. Sie machte ihrerseits einen Vorschlag, wonach ein lediger Beamter in Gruppe II, 1. Stufe, Ordklasse A ab 1. November eine Erhöhung des Monatsgehaltes um 5460 M zu erwarten hätte. Die Auswirkungen auf die übrigen Gruppen sind demnach unsehwer zu schätzen.
Unter dem Druck der Grube, die angesichts der in Berlin anwesenden Reparationskommission nahelegend genug sind, waren die Spitzengewerkschaften mit dem Regierungsvorschlag

unter der Voraussetzung einverstanden, daß er nur eine vorläufige Regelung für November darstellen soll.

Aus den Bezirken und Ortsgruppen.

Münsterberg. Eine sehr gut besuchte Mittwochsversammlung, die am Sonntag, den 20. Oktober stattfand, erzielte sich des Besuches unserer Zentralvorstehenden, Kollegen Debenbach, Bezirksleiter Kollege Wittke und einen ausführlichen Bericht über den Stand der bayerischen Bezirksmanteltarifbewegung, die immer noch nicht zu einem erdültigen Abschluß gekommen sei, obwohl seit Ende April Verhandlungen hierüber fortlaufend stattgefunden haben. Er wies auf die verschiedensten Ursachen hin, die dem Abschluß des WWT hindern im Wege stehen und betonte, daß diese Verhandlungsart, die wohl einzig dastehende, nicht zum Wohle der Arbeiterklasse auf die Dauer enden könne. Die Aufwendung der Kräfte für die bayer. Gemeindearbeiter aus dieser Bewegung ergebe bei Stärkung der Organisation besonders aber auch in materieller Hinsicht.

An diesen Vortrag schloß sich eine sehr anregende und beachtenswerte Diskussion in der unter Zentralvorstehender, Kollege Debenbach Gelegenheit fand über die wachsende Not der in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen beschäftigten Personen ein klares und zutreffendes Bild zu geben. Die heute in den einzelnen Städten vielfach vorkommenden Entlassungen verzögert die Not noch ganz besonders und ist die unbedingte Pflicht eines jeden Arbeiters und auch besonders jeden Familienvaters, sich entsprechend vorbildlich und ungeschwieblicher Entlassung zu fähern. Hier ist die Organisation der Innere hört, wie dies Beispiele der jüngsten Zeit ganz deutlich gezeigt haben. Wie durch die enorme Geldentwertung die wachsende Not in den Familien durch erhöhte Einkommen gesteuert werden müsse, so dürfte aber auch nicht vernachlässigt werden, daß auch der Verband unter solchen Geldentwertung zu stehen habe. Die Beihilfe des Münchener Verbandes in Bezug auf die Beiträge müssen richtig berechnet werden. Diese seien heute noch mündlich, was der Verband von seinen Mitgliedern verlangen muß.

Wohl selten dürfte mit so überzeugender und entscheidender Art der Erhöhung der Beiträge das Wort geredet worden sein, wie dieses Kollege Debenbach erdunt durch eine Anzahl von Beispielen mit vollem Erfolg getan hat.
Alle Anwesenden waren von der Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge überzeugt worden und kam dieses auch durch die Diskussion lebendiger zum Ausdruck.

Die Beiratsmitglieder gingen mit dem Kollegen Bewußtsein auseinander, einer recht lehrreichen Versammlung angewohnt zu haben.

Esler. (Krankenhauspersonal). Um einem langgehegten Wunsche unserer Mitglieder in der städtischen Krankenanstalten Rechnung zu tragen, hatte unsere Ortsgruppe am 12. 10. 22 eine öffentliche Versammlung für das Personal der Krankenanstalten einberufen. Kollege Kambata hielt das Referat „Die wirtschaftliche Lage des Krankenhauspersonals in der heutigen Zeit.“ Die Versammlung mußte einberufen werden, um die Geossen von dem Boden zu befreien, daß ihre Monopolstellung in den Anstalten nicht durchbrochen werden könnte. Vorerst ein Wort dazu, wie diese Monopolstellung gehalten wird. Von dem über 200 Köpfe zählenden Personal ist der größte Teil Mädchen. Schauerwärdchen werden denselben erzählt von den bösen Christen, welche alles daran setzen wollen, daß sie 11 und 14 Stunden arbeiten sollen. Zu den Versammlungen werden die Mädchen, welche übrigens die Rabauerversammlungen bis zum Erbrechen genossen haben, von den Obergewissen estortiert, damit sie keine auf dem Hinweg rechts oder links ausbricht.

Interessant war der Verlauf ebenerwähnter Versammlung. Kollege Kambata erdachte sich der Aufgabe überaus gut und hielt sich

Horst im Rahmen seiner Sachlichkeit. Kenner der Verhältnisse in den Krankenhäusern, Heilstätten und Privatanstalten behauptete er überaus klar und verständlich die Verhältnisse von früher und ihre Entwicklung bis zur heutigen Zeit. Dieser Vortrag von Genossen nicht recht verständlich, man konnte sich oft etwas Rätselhaftes nicht wehren zu dem oft sehr geistlosen Zwischenreden, die absolut nicht zum Thema passten. Der Referent wurde oft verurteilt und schien zu bestimmen, ob der Zwischenruf überhaupt im Saal. Jeder Laie konnte hier bestellte Punkte herausfinden. Überdies schien man im „Meinen Mühen“ der anwesenden Christen nicht recht zu trauen, denn man hatte noch einige Beispielen von anderen Betrieben mitgebracht. Zum Kartellen natürlich, denn die Diskussion meldete sich keiner davon. Wie heute auch ein Oberstaatsanwalt einen Vortrag über das Krankenhausbauwesen hielt. Als erster Diskussionsredner trat der Beamte des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes auf. Wer nur geglaubt hat, dieses hätte zum Vortrag gesprochen, der merkte schnell, daß er sich gerechtfertigt hätte. Doch der erste Gedanke auf sozialistischem Gebiet ist immer verhasst und Wachen zu Tage berichte, womit man vor 20 Jahren verurteilt, der christlichen Gewerkschaftsbewegung das Wasser abzugraden, hätte man nicht für möglich gehalten. Es war es ihm ein selbsterhellendes Wissen nicht aus. Nachdem er drei Viertel Stunde auf die christlichen Brüder in Berlin (ein Lieblingswort von ihm) losgegangen war, trat noch ein Diskussionsredner auf, welcher dem Rath ganz den Boden hindrängte. Er sei ein ehrlicher Kerl und wolle auch christlich bleiben, behauptete er. Es muß wohl schon zu klären, weil er vor Zeiten gegen alljährlich ausgesprochenen Ehrlichkeitsgebot der Betriebsräte, oft in niedrigerer oder höherer niedrigeren wurde. Wie? Worin ohne Sinn, jährlich, doch jeder glaubte es würde leben. Augenblick ein Krankenbuchein seiner Augen, weil die letzten Christen immer wieder die Kurare an den Tag legen, in die Hände des Bösen hineinzunehmen. Das ist fast in kein Bierglas gerichtet, als wenn dort die Quelle keine Weisheit läge, dann Zwecksetzern bis zur Krise — Resolution — Abstimmen — Kampffeld — „Internationale“, alles in einem Atemzug — Bekommen des Saales unter Selten und Kälteerfolge, damit sein Schicksal setzen freien Willen durch Weiterverbleiben in der Verfassung und Neben konnte. Dann — — — Sille. Ein verzerrtes Gesicht unserer Mitglieder und einlager, welche dem Transportartikel doch einmühen waren, läßt diese Sille ab. Die selben hatten das Kampffeld verlassen, ohne den Gegner zu hören. Man wollte sich den verabschiedeten Bildnissen nicht widerlegen lassen und deshalb diesen Auftritt und den wunderbaren Akt. Einen Trost haben wir und zwar, daß die Ein- und Auswirkung dieser Verlammlung was den geschafften Erfolg gebracht hat. Alles Hört und Neues blüht aus den Atmen. Das deutsche weibliche und männliche Personal der Krankenhäuser wird den richtigen Weg schon finden und die Krankengenen sind dabei unsere besten Kollaboratoren.

Sammlung mit dem Wunsche, daß die Kollegen sich noch fester an ihre Organisation anschließen möchten und den Verband durch rege Mitarbeit unterstützen.

Wissenschaften. Durch die sozialdemokratische Tagespresse geht folgende Notiz:

„Unser Wuppertaler Bruderbrief berichtet: Eine Versammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes hat beschlossen, angesichts der ungeheuerlichen Preissenkung, von der auch das Organ der wuppertaligen Bevölkerung Wuppertals, die „Volkszeitung“ nicht verschont bleibt, pro Mitglied den Beitrag von 20 M zu erheben und den gesamten Beitrag an die „Volkszeitung“ zur Stärkung ihres Betriebskapitals abzuführen. Der gesamte Beitrag ist sofort aus der Pokalasse zu entnehmen und dann von den Mitgliedern einzuliefern. Dem Gewerkschaftsrat wird empfohlen, diesen Beschluß sich zu eigen zu machen und diesen Beitrag für die gesamten freizeitanerierten Gewerkschaften Wuppertals und Umgebung einzuführen. Zugleich hat eine lebhafteste Agitation unter sämtlichen Mitgliedern des Verbandes einzusetzen, damit jeder Helfer der „Volkszeitung“ wird. Die freizeitanerierten Arbeiterklasse Wuppertals müsse es als erste Pflicht ansehen, ihr Organ nicht nur zu erhalten, sondern so auszubauen, daß es alle anderen Zeitungen überflüssig macht. — Möge der gute Geist, der diese Organisation besetzt und die große Erkenntnis des Wertes der Arbeiterklasse Allgemeinut der freien Gewerkschaftsbewegung werden.“

Kommentar überflüssig.

Allgemeines.

Ablieferung der Steuermarken 1922. Nach den Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über Einkommensteuer vom 28. April 1913 sind die verwendeten Einkommensteuermarken in Zukunft nicht mehr bei den Steuerbehörden, sondern bei den Finanzämtern abzuliefern. Bei Ablieferung der Steuermarken an die Steuerstellen im nächsten Jahr h. N. war der Änderung trotz vermehrter Annahmehindernisse zu erwarten, daß eine große Anzahl der Erklärerinnen unrichtiger Sachverhalte umkehren und ihr Geld an einem anderen Tage von neuem verfallen mußte. Um diesen in Zukunft bei der Ablieferung der Steuermarken an die Finanzämter zu vermeiden, ist von einem Finanzamt angeregt worden, die Arbeitnehmerhaftung darauf hinzuwirken, daß die Arbeitgeber die Steuerpflicht ihrer Arbeitnehmer durch Einkreisbescheid dem zuständigen Finanzamt übergeben. Zuständig ist das Finanzamt, welches in dem Steuerbuch für 1922 bezeichnet wird, nicht wie im Steuerbuch für 1921. Falls Arbeitgeber die Ablieferung nicht übernehmen sollten, so empfiehlt es sich, daß dann auch die Arbeitnehmer die Steuerbücher durch Einkreisbescheid dem Finanzamt übergeben.

Den Steuerbüchern wird in Zukunft ein farbiger Zettel beigelegt, der etwa folgenden Inhalt haben dürfte:

Ablieferung der Steuermarken für 1922. Sofern der Arbeitgeber von dem Rechte der Gesamtablieferung aller geltenden Steuermarken an das Finanzamt keinen Gebrauch macht, ist jeder Arbeitnehmer nach § 42 der Durchführungsbestimmungen zum Lohnsteuergesetz verpflichtet, sämtliche für ihn geltenden Steuermarken und sonstige in seinen Händen befindliche Ausweise über einbehaltenen Steuern öffentlicher Stellen usw. für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1922 während des Monats Januar 1923 an das aus seinem Steuerbuch für 1923 ersichtliche Finanzamt zu übergeben oder zu überlassen. Am die Zeit übergeben oder zu überlassen, kann jedem Arbeitnehmer nur dringend empfohlen werden,

die Einzahlung mittels aufstehenden Ankaufszins zu bewirken, und zwar auf dem Wege der einbehaltenen Steuern. Das Finanzamt wird nach dem Bestehen der Markten dem Steuerpflichtigen eine Quittung hierüber zuhändigen. Es ist sehr darauf zu achten, daß die Einlagebogen und sonstigen Ausweise über den Steuerbetrag die genaue Steuermerkmale des Steuerbuches 1922 (Vor- und Zunahme, Stand und Wohnung des Arbeitnehmers, Gemeinde, Stadtbezirk sowie Nummer des Steuerbuches 1922) enthalten.

Der Tempus der Inflation der Geldwertminderung.

Der Monat Oktober 1922 bildet in der Geschichte der deutschen Wirtschaft insofern eine besonders traurige Epoche, als er uns auf fast allen Gebieten der Wirtschaftskatastrophe die denkbar ungünstigsten Verhältnisse brachte. Der Kurs des Dollars überschritt im letzten Drittel des Monats die Grenze von 4000 M und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre in diesen Tagen eine Steigerung auf 5000 eingetreten. Die wöchentlichen Umsätze der Reichsbank ließen in ihren Hauptposten die eskalierenden Notstände der Inflation. Es betragen nämlich:

| Datum | Reichsbank | Deutsche Reichsbank | Deutsche Reichsbank |
|-------|------------|---------------------|---------------------|
| | 31.12.21 | 104,6 | 40 |
| | 23. 9.22 | 290,7 | 27,8 |
| | 30. 9.22 | 415,9 | 21,8 |
| | 7.10.22 | 844,2 | 22,8 |
| | 14.10.22 | 374,5 | 31,4 |
| | 22.10.22 | 408,9 | 89,5 |

In Milliarden Mark.

Die schwabende Schuld des deutschen Reiches ist von 131 Milliarden Mark Ende August dieses Jahres auf 524 Milliarden Mark am 20. Oktober gestiegen. Die Reichsbank zahlte in der zweiten Oktoberwoche für ein goldenes 20 Markstück 10000 M gegen 5000 M bei Beginn des Monats und 640 M Mitte Oktober 1921. Im Berliner Großhandel erreichte der Preis für ein Pfund Schmalz Ende Oktober eine Höhe von 727,50 M gegen 200,50 M am Ende des Monats. Der Preis für das Pfund Rindfleisch stieg von 215 bis 270 M am 1. Okt auf 421 bis 652 M am 20. Oktober. Deutsche Metallverarbeiter, die im Dezember 1921 noch für 60,10 M in Lohn bei den Arbeitern zu haben war, lieferten im Oktober h. N. 5055 M.

Literarisches.

In die Hand jedes mit der Bewegung verbundenen Kollegen sollte das

Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1922.

Sein Inhalt macht es zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk für jeden aktiven Gewerkschaftler:

1. Von Köln nach Berlin (mit Bild).
2. Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1921.
3. Die Arbeiterschaft und die deutsche Wirtschaft.
4. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und konfessionellen Ständen.
5. Gewerkschaft und Presse.
6. Arbeitsrechtliche Sühnwörter.
7. Soziale Versicherungen.
8. Einmütigkeit von Krieg und Friedensvertrag auf die deutsche Volkswirtschaft. Belegt durch Zahlen.)

Für Kuchelmannen ist genügend Raum gelassen, so daß die Ankaufszins eines Kuchelmannes nicht notwendig ist. Der Preis ist in diesem Jahre leider bedeutend höher, als im vergangenen Jahre. Die Gründe für diese Preissteigerung brauchen wohl nicht erläutert zu werden, denn jedem Gewerkschaftler wird es bekannt sein, wie die Papier- und sonstigen Aufwände gestiegen sind. Die Herstellungskosten

ten betragen etwa 10 bis 50 M und soll das Jahrbuch zu diesem Selbstkostenpreis abgegeben werden. Diesen Betrag, der für die meisten Kollegen noch keinen Stundenlohn ausmacht, sollte jeder Gewerkschaftler gern für seine Bildung auswerfen.

Zu bestellen bei der Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes, Köln, Venloerwall 9.

Der Christliche Gewerkschaftsverband, Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-allee 25, empfiehlt nachstehend verzeichneten Schriften:

Steinewald, Adam, Zusammenbruch und Wiederaufbau 8 M

Beauer, Dr. Theodor, Die Gewerkschaft als Organ der Volkswirtschaft 6 M

— Die moderne Gewerkschaftsbewegung 22 M

Bott-Kämpel, Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat 40 M

— Das Gesetz über die Betriebsbilanz und Betriebsgewinn- und Verlustrechnung 20 M

Klein, Dr. J. und Sicker, Dr. H., Kommentar zum Betriebsvertragsrecht 200 M

Gemeinwirtschaft (Grundzüge christlicher Sozialauffassung, 4. Aufl.) 5 M

Die christlichen Gewerkschaften, 1. Aufl. 6 M

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, 2. Auflage 7 M

Leitfaden für Betriebsratsmitglieder, 3. verbes. u. erweiterte Auflage 15 M

Andre, Josef, Das Arbeitsnachweiswesen 20 M

Handbuch für die Mitarbeiter in der Jugendbewegung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands 10 M

Liebetuch für die Jungmänner der christlichen Gewerkschaften 5 M

Duden, Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter, 9. Auflage 210 M

Berker, Prof. Dr. Heinz, Die Arbeiterfrage 300 M

Jentich, Karl, Volkswirtschaftslehre 150 M

Lugmayer, Dr. Hebe und Stilkunst 75 M

Sacher, Dr. Hermann, Der Bürger im Volksstaat. Eine Einführung für Staatskunde und Politik 125 M

Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, 3 Bände zusammen 640 M

Reichsmietengesetz und die Preussische Einführungsverordnung, dargestellt für Mieter und Vermieter, von Dr. jur. Hans Laut 45 M

Kritische Betrachtungen zur geltenden Lohnkala 12 M

Der „Leitfaden für Betriebsratsmitglieder“, dessen zweite Auflage schnell vergriffen und der daher eine Zeitlang im Buchhandel nicht zu haben war, ist jetzt in dritter Auflage erschienen. Die Vorzüge, die den früheren Auflagen dieses Buches nachgerühmt worden sind, treffen auch auf die neue Auflage in vollem Umfang zu. Es ist nach wie vor ein ausgezeichnetes Lehrbuch, das für alle Betriebsratsmitglieder unentbehrlich ist, und das die Rechte und Pflichten der Betriebsratsmitglieder in leicht verständlicher Weise an Hand praktischer Erfahrungen darstellt, wobei die besonderen Interessen der christlichen Gewerkschaftsbewegung in hohem Maße berücksichtigt werden. Alle Neuerungen, wie z. B. das Betriebsbilanzgesetz und das Gesetz betreffend die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, sind in der dritten Auflage mit bearbeitet worden. Der niedrige Preis von 15 M, bei Abnahme von mehr als einem Exemplar 13 M, hebt in keinem Verhältnis zu dem hohen Werte der Schrift. Da die Nachfrage sehr groß und es zweifelhaft ist, ob noch eine vierte Auflage herausgegeben wird, empfiehlt es sich, das Buch unverzüglich beim Christlichen Gewerkschaftsverband, Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-allee 25 I, zu bestellen.

Berechnungstabelle der ab 1. Oktober 1922 gültigen Beiträge.

| Gemeinlohn | | Wochenlohn | | Beitrag pro Woche |
|------------|--------|------------|-------|-------------------|
| M | M | M | M | |
| | 4,25 | | 300 | 4 |
| | 9,38 | | 450 | 6 |
| | 12,50 | | 600 | 8 |
| | 15,63 | | 750 | 10 |
| | 18,75 | | 900 | 12 |
| | 21,88 | | 1050 | 14 |
| | 25,00 | | 1200 | 16 |
| | 28,12 | | 1350 | 18 |
| | 31,25 | | 1500 | 20 |
| | 34,38 | | 1650 | 22 |
| | 37,50 | | 1800 | 24 |
| | 40,63 | | 1950 | 26 |
| | 43,75 | | 2100 | 28 |
| | 46,88 | | 2250 | 30 |
| | 50,00 | | 2400 | 32 |
| | 53,13 | | 2550 | 34 |
| | 56,25 | | 2700 | 36 |
| | 59,38 | | 2850 | 38 |
| | 62,50 | | 3000 | 40 |
| | 65,63 | | 3150 | 42 |
| | 68,75 | | 3300 | 44 |
| | 71,88 | | 3450 | 46 |
| | 75,00 | | 3600 | 48 |
| | 78,13 | | 3750 | 50 |
| | 81,25 | | 3900 | 52 |
| | 84,38 | | 4050 | 54 |
| | 87,50 | | 4200 | 56 |
| | 90,63 | | 4350 | 58 |
| | 93,75 | | 4500 | 60 |
| | 96,88 | | 4650 | 62 |
| | 100,00 | | 4800 | 64 |
| | 103,13 | | 4950 | 66 |
| | 106,25 | | 5100 | 68 |
| | 109,38 | | 5250 | 70 |
| | 112,50 | | 5400 | 72 |
| | 115,63 | | 5550 | 74 |
| | 118,75 | | 5700 | 76 |
| | 121,88 | | 5850 | 78 |
| | 125,00 | | 6000 | 80 |
| | 128,13 | | 6150 | 82 |
| | 131,25 | | 6300 | 84 |
| | 134,38 | | 6450 | 86 |
| | 137,50 | | 6600 | 88 |
| | 140,63 | | 6750 | 90 |
| | 143,75 | | 6900 | 92 |
| | 146,88 | | 7050 | 94 |
| | 150,00 | | 7200 | 96 |
| | 153,13 | | 7350 | 98 |
| | 156,25 | | 7500 | 100 |
| | 159,38 | | 7650 | 102 |
| | 162,50 | | 7800 | 104 |
| | 165,63 | | 7950 | 106 |
| | 168,75 | | 8100 | 108 |
| | 171,88 | | 8250 | 110 |
| | 175,00 | | 8400 | 112 |
| | 178,13 | | 8550 | 114 |
| | 181,25 | | 8700 | 116 |
| | 184,38 | | 8850 | 118 |
| | 187,50 | | 9000 | 120 |
| | 190,63 | | 9150 | 122 |
| | 193,75 | | 9300 | 124 |
| | 196,88 | | 9450 | 126 |
| | 200,00 | | 9600 | 128 |
| | 203,13 | | 9750 | 130 |
| | 206,25 | | 9900 | 132 |
| | 209,38 | | 10050 | 134 |
| | 212,50 | | 10200 | 136 |
| | 215,63 | | 10350 | 138 |
| | 218,75 | | 10500 | 140 |

Verbandsnachrichten.

In der Woche vom 12. bis 18. November ist der 46. Verbandsbeitrag fällig. Mit dem 1. November sind in den meisten Ortsgruppen wesentliche Lohnveränderungen eingetreten. Dementsprechend sind auch die Beiträge zu leisten. Mitglieder, die keine jahungsgemäße Beiträge leisten, stellen sich damit selbst außerhalb des Verbandes.

Sämtliche Zahlungen an die Hauptgeschäftsstelle des Verbandes sind auf das Postkontokonto Nr. 18987 bei Postdirektion Köln zu leisten. Hierbei sind die alten Zahlkarten mit dem Aufdruck des alten Titels des Verbandes weiter zu verwenden. Änderungen dürfen vorläufig nicht vorgenommen werden. Sobald bei Postfachposten die Formalitäten zwecks Änderung des Titels erledigt sind, gehen den Ortsgruppen neue Anweisungen mit Zahlkarten zu.

Folgende Ortsgruppen haben abgetrennt:

Dom 2. Quartal 1922: Pfaffenhofer, Bielefeld (Vron. Str.), Offenbach (Straßenmänner), Breslau, Lohr.

Dom 3. Quartal 1922: Pfaffenhofer, Straubing, Siegburg, Wörth, Riegen, Gemersheim, Wiedede, Wehlrad, Gemünd, Pöngsbach, Forchheim, Traunstein, Wittling, Wehl, M. Gladbach, Keuwich, Würzburg (Gem.), Schrodenhausen, Neuburg a. d. Donau, Geldern, Beuel (Gem.), Blangheim, Wesseling, Hanau, Mendon, Füssenstein, Merseburg, Kalen, Duisburg (Gem.), Waldsee, Konstanz, Weiden, Gippings, Weisel, Jauer, Oberröden, Freising, Ulm a. d. Donau, Brühl-Boden, Kuldheim-Ruhr (Str.), Bonn (Str.), Gellweiler (Str.), Wilke, Bad Degenhausen, Moosburg, Wolftrathshausen, Düren, Mannheim (Gem.), Barmen, Lüdenscheid, Schwelm, Bamberg, Vadersborn (Vron.), Ohlau, Danabrid, Gelsenkirchen, Aumburg, Kiegersberg, Crefeld, Neukahl i. Oberhessen, Revelar, Duderstadt (Landstr.), Wobben, Bosholt, Laufen, Köln (Verf. u. Betr.-Beamten), Ravensburg, Köln (Gem.), Köln (Str.), Köln (Zuhrp.), Koblenz (Str.), Poppard, Oberhausen, Braunschweig, Leipzig, Waparn, Bruchsal (Landstr.) Weilheim, Waldkirch.

Der Zentralvorstand.

Gedenktafel.



Gestorben sind die Kollegen:

| | |
|----------------------------|------------|
| Weiler Franz, Brühl | 7. 9. 22 |
| Sappe Georg, Blypstadt | 1. 10. 22 |
| Schäfer Georg, Werned | 4. 10. 22 |
| Deiters Carl, Billedesheim | 12. 10. 22 |
| de Brunn Peter, Essen | 12. 10. 22 |
| Nobel Nikolaus, Koblenz | 12. 10. 22 |
| Sindlar Ernst, Köln | 26. 10. 22 |
| Georg Peter, Köln | 22. 10. 22 |
| Gottleben Georg, Köln | 26. 10. 22 |
| Hans Wilhelm, Essen | 27. 10. 22 |

Gedre ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:
H. Glömann, Köln, Venloerwall 9.
Druckerei: Volkswacht-Verlag, Köln, Domstr. 4.